Nr. 239 2. Ausgabe — Sonntag, 1. September 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Alten- oder Kunstdruck 10 % Preiserhöhung. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 30 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abfertigung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus, Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.20, vierteljährl. M 3.60; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.32, „ „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Eine Ansprache des Reichskanzlers

Ein mißglücktes Revolverattentat auf Lenin in Moskau — Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren Ferdinand — Abg. Dr. Stresemann über die politische Kriegslage

Graf Hertlings Antwort an Cecil

× Berlin, 31. August

Der Reichskanzler empfing heute die Vertreter des Verbandes katholischer Studentenvereine Deutschlands, welche ihm anläßlich seines 75. Geburtstages eine Glückwunschadresse überreichten. Nachdem er den Herren gedankt und einige Worte der Erinnerung an die katholischen Studentenvereine, deren Mitglied er gewesen, gesprochen hatte, fuhr der Reichskanzler fort:

„Welche Anforderungen der furchtbare Weltkrieg im Laufe der verflossenen vier Jahre an den Verband gestellt hat, wie viele Mitglieder der Activitas und der alten Herren bereits den Heldentod erlitten haben, ist mir bekannt. Sie konnten und wollten nicht zurückbleiben hinter den Tausenden von Söhnen unsres Vaterlandes, die freudig ihr Leben zum Opfer brachten. Aber nicht nur mit der Waffe galt es, das Vaterland zu verteidigen und den Sieg erringen zu helfen, auch in der Heimat sind große und wichtige Aufgaben zu erfüllen, und gerade die akademisch gebildeten Kreise sind in erster Linie dazu berufen. Die Last des Krieges liegt drückend auf unserm Volk. Ich will sie nicht durch Worte zu verkleinern suchen. Zu den Opfern von Blut und Leben, von denen kaum eine Familie verschont geblieben ist, kommen die Schwierigkeiten der Ernährung und Bekleidung, alle die mannigfachen Entbehrungen in der Gegenwart und der sorgende Ausblick in die Zukunft. Der Krieg ist das größte Gesamterlebnis für ein Volk. Er beschleicht zu ungeahnten Leistungen. Aber er legt auch gewaltige Anforderungen an die Nervenkraft. Nicht umsonst spricht man von

Kriegspsychosen

und bezeichnet damit die seelischen Erscheinungen, welche der Krieg auszulösen pflegt. Kriegspsychose zeigt sich daher bei sämtlichen am Kriege beteiligten Völkern. Aber sie tritt je nach der Eigenart der letzteren verschieden auf. Bei unsern Feinden tritt sie auf in Form eines an Wahnsinn grenzenden Hasses gegen die Zentralmächte, vor allem gegen Deutschland, eines Hasses, der durch eine ununterbrochene Kette der ungeheuerlichsten Verleumdungen genährt wird und sich in unerhörten Schmähungen alles dessen Luft macht, was uns wert und heilig ist. Bei uns dagegen äußert die Kriegspsychose ihre Wirkung vor allem nach innen, in der Verstärkung der Neigung zur Kritik, die nun einmal den Deutschen eigen ist und die sich mit Vorliebe gegen die Regierung und ihre Maßnahmen wendet, und in der Verschärfung der Parteigegensätze. Und darin liegt meiner Ansicht nach zweifellos eine Gefahr. Nicht daß von da eine wirkliche Erschütterung im Staatsleben zu befürchten wäre, dazu ist unser deutsches Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit zu einsichtsvoll und verständig, wohl aber durch den Eindruck, der bei unsern Feinden hervorgerufen wird. Sie träumen von einem bevorstehenden inneren Zusammenbruch, sie bauen darauf ihre Siegeshoffnung und verlängern um deswillen den Krieg. Hierin ist darum ganz besonders Abhilfe notwendig. Was wir brauchen, ist ein

einheitliches festes Zusammenstehen

von Kaiser und Reich, Regierung und Volk, und zwar so, daß es auch nach außen deutlich in die Erscheinung tritt und nicht durch den Nebel der Meinungsverschiedenheiten und ihrer Aeußerungen in Wort und Schrift verhüllt wird. Hierzu beizutragen durch Beispiel und Belehrung ist Pflicht eines jeden, der durch Beruf, Bildung und Stellung dazu in der Lage ist. Helfen also auch Sie, wo Sie können, eine solche einträchtige Stimmung herbeizuführen, die Einheitsfront in der Heimat zu verstärken und weithin sichtbar ins Licht zu setzen. — Und nun noch zum Schluß ein ganz kurzes Wort über

die militärische Lage,

vor allem ein Wort rückhaltloser Bewunderung für die fast übermenschlichen Leistungen der Armee in der vergangenen Woche! Sodann aber darf ich sagen, daß unsre Oberste Heeresleitung die Lage mit voller Ruhe und Zuversicht ansieht, auch wenn sie sich aus strategischen Gründen veranlaßt gesehen hat, unsre Linien in mehreren Stellen zurückzulegen. Wir haben den Krieg vom ersten Tage an als Verteidigungskrieg geführt. Wir haben ihn in Feindesland getragen, um dort unsre Grenzen zu verteidigen und die heimatlichen Fluren zu schützen; wir werden dort weiter kämpfen! Unsre herrlichen Truppen werden fortfahren, den gewaltigen Ansturm feindlicher Massen zurückzuschlagen, bis die Gegner einsehen, daß sie uns nicht vernichten können und daher auch ihrerseits zu einer Verständigung bereit sind. Und dieser Tag wird kommen, weiterkommen muß, soll nicht Europa verbluten und die europäische Kultur in Elend und Barbarei versinken. Wir flehen zum Allmächtigen, der uns bisher so sichtbar beigestanden hat, daß dieser Tag nicht allzulange mehr auf sich warten lassen möge!

Meine Herren! Soeben kommt mir das Interview zu Gesicht, das

Lord Cecil

einem Korrespondenten von „Stockholms Tidningen" gegeben hat. Ich kann mich heute auf die Einzelheiten seiner Rede nicht einlassen und übergehe absichtlich alle andern von ihm geäußerten verkehrten Anschauungen und schiefen Urteile. Nur zwei Punkte greife ich heraus:

Lord Cecil begründet seine Zuversicht auf den militärischen Endsieg mit dem ständigen Zuströmen amerikanischer Truppen. Abgesehen von diesem offenen Bekenntnis zum Militarismus, den uns die Entente nun seit Kriegsbeginn vorwirft, erinnert mich dieses Hoffen an die vergangenen Jahre des Krieges, in denen zuerst das treulose Italien, dann Rumänien den Endsieg bringen sollten. Lord Cecil vergißt aber dabei, daß wir inzwischen mit Rußland und Rumänien Frieden geschlossen haben und somit unsre Streitkräfte im Westen ganz erheblich stärken konnten.

Der andre Punkt ist die Behauptung Cecils, die Entente könne nicht Frieden schließen, solange Deutschland von den Alldeutschen regiert werde. Meine Herren! In Deutschland regiert bekanntlich Seine Majestät der Deutsche Kaiser im verfassungsmäßigen Zusammenwirken mit Bundesrat und Reichstag. Für die Beschlüsse des Reichstages ist noch niemals eine einzelne Partei, sei es die alldeutsche oder eine andre Partei, maßgebend gewesen! Ich kenne auch als Kanzler des Deutschen Reiches lediglich deutsche Parteien und eine deutsche Politik. Diese zu vertreten, ist meine Pflicht und wird es bleiben!"

Die politische Aussprache des Kaisers mit dem König der Bulgaren

× Großes Hauptquartier, 30. August. (Amtlich.)

Se. Majestät der Kaiser wurde gestern bei seiner Ankunft in Nauheim von Sr. Majestät dem König der Bulgaren und dem Prinzen Kyrill am Bahnhofe begrüßt. Die Monarchen blieben bis zum Mittagessen allein und nahmen sodann die Mahlzeit gemeinsam mit den Kindern des Königs ein. Nach Tisch setzten sie ihre Besprechung unter vier Augen fort. Um ¾4 Uhr begaben sie sich im Kraftwagen nach dem Schlosse Homburg v. d. H., von wo der Kaiser die Rückreise antrat, bis Nauheim vom König begleitet. Die mehrstündige Aussprache der beiden hohen Verbündeten erstreckte sich auf die gesamte militärische und politische Lage. Die Aussprache war getragen von dem festen Entschluß zum gemeinsamen Ausharren in dem Verteidigungskampfe des Vierverbandes und von dem Geiste treuen Festhaltens an dem bewährten Bündnissystem. Sie bestätigte aufs neue die Uebereinstimmung der beiden Monarchen in der Auffassung aller schwebenden Fragen. Se. Majestät der Kaiser hat dem Könige seine Bildnisstatuette, den Töchtern des Königs, den Prinzessinnen Eudoxie und Wadeschda von Bulgarien, den Luisenorden überreicht. Dem Militärbevollmächtigten Bulgariens im Großen Hauptquartier und General à la suite Sr. Majestät des Königs, General Gantschew, wurden vom Kaiser die Brillanten zum Kronenorden 2. Klasse mit Stern und Schwertern verliehen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× Wien, 31. August

Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz

In den Judicarien erfolgreiche Erkundungsgefechte. Der Monte Malo (östlich des Pasubio) war gestern vorübergehend im Besitz des Feindes. Mehr als zweistündiges Artillerie- und Minenfeuer verschüttete unsre Besatzung, worauf es den Italienern gelang, in unsre Gräben einzubrechen. Unsre Abschnittreserve, Abteilungen des 3. Regiments der Tiroler Kaiserjäger und des Kaiserjäger-Sturmbataillons, brachen sofort zum Gegenangriff an und warfen, durch die Batterien der Kaiserjäger-Division und der 40. Honved-Artillerie-Brigade trefflich unterstützt, den Feind in kurzem erbitterten Ringen wieder hinaus. Das 20. Bersaglieri-Regiment büßte seine Schlappe mit dem Verlust von mehr als 200 Toten und etwa 100 Gefangenen.

Albanien

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes

Lenin verwundet, Kommissar Uritzky ermordet

× Moskau, 31. August

Nach einer heutigen Meldung der „Prawda" wurde gestern abend 9 Uhr gegen Lenin ein Attentat verübt. Er hatte in einer Arbeiterversammlung der Michelsonschen Fabrik in dem jenseits der Moskwa gelegenen Stadtviertel geredet. Als er die Versammlung verließ, wurde er von zwei Frauen aufgehalten, die ihn in ein Gespräch über das letzte Dekret wegen der Lebensmitteleinfuhr nach Moskau verwickelten. Während dieses Gespräches fielen drei Schüsse, durch die Lenin am Arm und im Rücken verletzt wurde. Die Schüsse wurden von einem, den intelligenten Kreisen angehörenden jungen Mädchen abgegeben. Das Mädchen wurde festgenommen. Der Zustand Lenins, der in den Kreml gebracht wurde, verursacht nach Meinung der Aerzte keine Befürchtungen. Nach einem 12 Uhr abends ausgegebenen Bulletin hat er zwei Schußwunden erhalten. Eine Kugel drang glatt unter der linken Schulter in die Brusthöhle ein und verletzte den oberen Teil der Lunge, indem sie einen Bluterguß in die Pleura hervorrief. Die Kugel blieb am Halse im rechten Schlüsselbein stecken. Die zweite Kugel drang in die linke Schulter, zerschmetterte den Knochen und blieb unter der Haut der linken Schulter stecken. Sie rief innere Blutungen hervor. Der Kranke befindet sich bei vollem Bewußtsein. Zur Behandlung wurden die besten Chirurgen herangezogen.

Die „Prawda" veröffentlicht einen von Swerdlow unterzeichneten Aufruf an die Arbeiter, in dem sie aufgefordert werden, sich ruhig zu verhalten und worin es heißt: „Wir zweifeln nicht daran, daß die Spuren des Mordanschlages auf die rechten Sozialrevolutionäre sowie auf Mietlinge der Engländer und Franzosen führen werden. Auf die Anschläge gegen ihre Führer wird die Arbeiterklasse mit schonungslosem Massenterror gegen alle Teile antworten."

Nach einer Bekanntmachung des stellvertretenden Chefs der außerordentlichen Kommission Peters ergriff die Kommission sofort nach dem Attentat auf Lenin alle Maßnahmen zur Feststellung der Schuldigen. Das erste Verhör soll ergeben haben, daß die Attentäterin eine Sozialrevolutionärin sei. Die Kommission besitzt angeblich Material, welches auf einen Zusammenhang des Attentats mit bolschewikifeindlichen Elementen in Samara hinweist.

Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten Uritzky ist ermordet. Die Attentäter sind verhaftet.

*

Umschwung bei den linken Sozialrevolutionären?

× Moskau, 30. August

Das Organ des Ausschusses der linken Sozialrevolutionäre in Saratow tritt in einem Leitartikel für einen dauernden Frieden mit Deutschland ein. Hierzu bemerkt das Regierungsorgan „Iswestija", daß sich heute in dem Saratowschen Komitee der Kern der Partei der linken Sozialrevolutionäre vereinige. Diese Richtung breche zwar nicht mit dem Zentralkomitee der Partei, verurteile jedoch den Aufstandsversuch vom 6. Juli als einen Fehler.

Verhaftung Brussilows

× Moskau, 31. August

Nach einer Meldung der Zeitung „Mir" soll der General Brussilow verhaftet und in den Kreml übergeführt worden sein. General Brussilow befindet sich wegen seiner bei den Unruhen im Dezember erlittenen Verwundung noch in ärztlicher Behandlung. Seine Gefangennahme trägt angeblich den Charakter einer Schutzhaft. Das Regierungsorgan „Iswestija" berichtet dagegen, daß er der Zugehörigkeit zu einem gegenrevolutionären Verbande bezichtigt wird. Es seien Beweise für seine Beteiligung vorhanden, die jedoch nicht veröffentlicht werden könnten.

Drohung der Sowjetregierung gegen die Tschecho-Slowaken

H. N. Haag, 31. August. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Times" melden aus Moskau: Die Volkskommissare haben den tschecho-slowakischen Truppen eine Warnung zukommen lassen, dahingehend, daß, falls sie weiterhin Mitglieder der Sowjets füsilieren würden, die Volkskommissare zwei kriegsgefangene tschecho-slowakische Befehlshaber aufhängen würden. General Dietrichs antwortete, er habe 57 Mitglieder der Sowjets in seinem Lager als Kriegsgefangene, und wenn die Sowjetregierung es wagen sollte, seine zwei kriegsgefangenen Befehlshaber hinzurichten, würde er sämtliche Sowjetmitglieder sofort füsilieren lassen.

Die Kriegspolitik der französischen Generalräte

Von unserm Mitarbeiter

Haag, 30. August

Die überwiegende Mehrheit jener Senatoren, die Malvy wegen „Pflichtvergessenheit" schuldig erklärten, sieht sich in dem gegenwärtig tagenden Generalräten moralisch gezwungen, das Urteil des hohen Gerichtshofes zu verteidigen und den politischen Kreisen der Departements, in denen sie als Vorsitzende des betreffenden Generalrates wirken, begreiflich zu machen. So kommt es, daß die diesjährigen „conseils généraux" eine wesentliche Bedeutung für die französische Innenpolitik besitzen, im Gegensatz zu denen des verflossenen Jahres. Clemenceau bearbeitete die „Anti-Malvysten" nach Kräften, um auf den Versammlungen der Departementspolitiker — so ungefähr sieht es in den Generalratssitzungen aus — seine eigene „Richtung" verteidigen zu lassen. Er empfahl den Freunden, die These zu vertreten, daß Malvy, im Grunde genommen, an der Verlängerung des Krieges schuldig sei, der frühere Innenminister sei gegen die Sozialisten und Syndikalisten nicht mit der schärfsten Energie aufgetreten, die in Anbetracht der Kriegführung notwendig gewesen wäre, er schwächte dadurch die Schlagkraft des französischen Heeres und brachte die vielversprechende Anstrengung im April 1917 (die französische Champagneoffensive) zum Scheitern. Den Departementskreisen wird durch die als Generalratspräsidenten sprechenden Senatoren erklärt: Malvy, den wir verurteilten, brachte uns im April des Vorjahres den Rückschlag und die Kriegsverlängerung. Unser Urteil richtet sich gegen alle „lauen" Politiker, die in diesen Zeiten nicht mit aller verfügbaren Stärke auftreten, sondern gefährliche Kompromisse abschließen, die zur Folge haben, daß die Front politisch verseucht wird und daß der Oberkommandierende von seinen Unterführern peinliche Meldungen über den moralischen Zustand in den Mannschaftskreisen erhält.

Der Malvy-Prozeß soll, nach Clemenceaus Plänen, hauptsächlich auf die kriegsmüden Departementskreise wirken. Mit dem Urteil soll den zweifflerischen Kreisen der Beweis geliefert werden, daß straffe Kriegsführung nur zustande kommen kann, wenn im Lande selbst ein fester Zug herrscht, wenn die politischen Gegensätze insgesamt dem „Ideale" untergeordnet werden: Vernichtung des Feindes. Und als lebendiges Beispiel für die Richtigkeit dieser Lehre schiebt man die Siege des Marschalls Foch, unter Clemenceaus Regierung errungen, in den Vordergrund. Auf diese Weise rechtfertigt man Clemenceaus innere Politik und rühmt deren segensreiche Rückwirkung auf die strategische Lage. Mit einer Betulichkeit, wie sie sich in Friedenszeiten niemals gezeigt hat, beeilen sich die Senatoren in den Generalratssitzungen, den Standpunkt Clemenceaus, wie er soeben kurz angedeutet worden ist, zu verteidigen und zu preisen. Selbst die Anhänger Briands rücken vorübergehend von ihrem Chef ab, weil es ihnen zweckmäßig erscheint, draußen in der Provinz den jetzigen Ministerpräsidenten auf Kosten ihres eigenen „Präsidenten" (wie sich Briand nennen läßt) herauszustreichen. Sie wissen, daß Clemenceau, solange ihm das Kriegsglück hold ist, nach innen den Terroristen spielen, politische Existenzen zerbrechen kann. Es ist also eine Art Selbstschutz, der sie zwingt, für den Augenblick der Gewaltherrschaft des „Tigers" Beifall zu spenden.

Als schönster Beleg für diese Taktik diene die Rede des Generalratspräsidenten Louis Barthou, der als Senator im Malvy-Prozesse keine Stimme abgegeben hat. Aus welchen Gründen weiß man nicht. Vielleicht hielt es Barthou für praktisch, Malvy nicht zu verurteilen, weil Briand, sein engster Freund, in die Sache verwickelt war. Jedenfalls stellte sich derselbe Barthou in Pau auf die Seite Clemenceaus; er verhimmelte die kraftvolle Politik des Ministerpräsidenten und stimmte eine solche Beschwörungsrede auf das deutsche Volk an, daß — nach französischen Zeitungen — einige Proteste gegen den Sprecher laut wurden. Barthou leistete sich folgendes: Die deutsche Nation muß vollständig geschlagen, vernichtet werden, denn wir haben es mit „einem hochfahrenden, gefährlichen, Uebles ersinnenden, stupiden, lügenhaften, perfiden Volkscharakter" zu tun . . . (Der französische Wortlaut ist: „une nation orgueilleuse, malfaisante, perfide, hypocrite, stupide, dangereuse.") Und das soll derselbe Barthou sein, den einige Pariser Blätter einer „Vermittlerrolle in Madrid" beschuldigten, der mit dem König von Spanien „Friedensgespräche" geführt haben soll. Vor dem Generalrate nahm Barthou diesen Anwurf gründlich ab, indem er sich zum wütendsten Hasser des deutschen Volkes machte. Seine Rede liegt ganz in der Richtung Clemenceaus. Die Mitglieder des Kabinetts, vor allem der Finanzminister Klotz, sprechen ebenso wie Barthou. Die Rede des Finanzministers auf dem Generalrate in Amiens ist das Maximum wildester Hetzaufpeitschung gegen das deutsche Volk. „Erniedrigt, geknechtet" sieht Klotz den zusammengebrochenen Gegner. „Geknebelt" wünscht er ihn — nach dem Kriege — wiederzusehen. „La bête féroce", lautet der gebräuchliche Ausdruck für dieses Zukunftsbild, das Klotz und viele andre den Zuhörern entgegenhalten. Gewiß ist, daß Clemenceau für diese Generalratssitzungen große Reklame machen ließ, einige Reden wurden öffentlich angeschlagen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918090102/1